



Gesetzentwürfe der Linksfraktion

Das Verhalten der CDU-SPD-Koalition am 19. September im Landtag bei der Beratung der beiden Gesetzentwürfe der LINKE-Fraktion zur Abschaffung des Status der politischen Beamten in Thüringen kann nur als skandalös bezeichnet werden, wurden diese doch nicht einmal zur Weiterberatung in die Ausschüsse überwiesen.

Wichtige Punkte der Regelungsvorschläge sind die Eingliederung der Staatssekretäre in die Landesregierung bei Beibehaltung der bisherigen Besoldung, die Umwandlung der Gleichstellungsbeauftragtenstellen (Frauen, behinderte Menschen, Migranten) in Funktionen mit Wahl durch den Landtag, Vergabe von Behördenleiterstellen auf Zeit sowie Vorschriften zur vollständigen Anrechnung von anderen Einkommen auf Amts- und Dienstbezüge.

Die beiden Gesetzentwürfe sind nach Ansicht der Linksfraktion die notwendige und konsequente Antwort auf aktuell wieder deutlich gewordene Probleme rund um die Sonderkategorie der begründungslos kündbaren politischen (Lebenszeit-) Beamten. Es soll die Kategorie der politischen Landesbeamten aus dem Thüringer Beamtenengesetz gestrichen werden. Für ehemalige Mitglieder der Landesregierung soll es auch keinen einstweiligen Ruhestand mehr geben, sondern nur noch ein Rückkehrrecht in den Thüringer Landesdienst, falls sie vor ihrem Regierungsamt dort beschäftigt waren. Vor der Regelaltersgrenze soll es nur noch Übergangsgeld geben und alle Einkünfte sollen vollständig angerechnet werden. ■

Legal ist eben nicht zwingend auch legitim

„Offenbar scheint es für CDU- und SPD-Vertreter in der Thüringer Landesregierung und im Landesparlament ‚normal‘ zu sein, dass Amtsinhaber zu ihren gesetzlich festgelegten Gehältern noch beachtliche Zusatzeinkommen einstreichen“, stellte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, in einer Pressemitteilung am 28. September fest.

Laut Gesetz darf pauschaliert rund ein Monatseinkommen aus Aufsichtsratsvergütungen, die oft auch aus öffentlichen Kassen gespeist werden, behalten werden. Für die fünf betroffenen Regierungsmitglieder, die zugleich ein Abgeordnetenmandat im Thüringer Landtag haben, sind 1734,57 Euro monatliche Gehaltsaufbesserung scheinbar „normal“. Es geht dabei um die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), den Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Jürgen Reinholz (CDU), den Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Christian Carius (CDU), die Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert (SPD), und den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie stellvertretenden Ministerpräsidenten, Christoph Matschie (SPD).

„Aller Haarspalterei zum Trotz ist eben legal nicht zwingend legitim“, erneuerte der LINKEN-Fraktionschef seine Kritik. Auch wenn diese Art der Doppelbezüge mit dem Kunstgriff ‚Amtsbezüge versus Entschädigung‘

gerechtfertigt werden soll, so seien es doch Einkommen aus öffentlicher Kasse. „Bei jedem Hartz-IV-Bezieher wird aufgerechnet, aber bei Ministern nicht? Wie sollen das Bürger verstehen? Nachfragende werden mit der Behauptung abgespeist, dass die Abgeordneten-Vergütung kein Einkommen aus öffentlichem Dienst sei und deshalb die Minister sie behalten dürften. Der gesunde Menschenverstand würde reichen, um zu verstehen, dass das Ministeramt

ter kürzt, Gemeinden und Landkreise unter Zwangsverwaltung geraten und laut die Behauptung vom ‚Sparen und Gestalten‘ posant wird“, erklärte Bodo Ramelow und kündigte an, dass seine Fraktion im Landtag weiter Druck machen wird.

„Wir fordern, dass ganz klar geregelt wird, dass Mehrfachbezüge von Amtsinhabern aus öffentlichen Kassen endlich glaubhaft und wirksam unterbunden werden. Ich bin über das Abstimmverhalten von CDU und SPD im Landtag gespannt“, so der Fraktionsvorsitzende mit Verweis auf Anträge der LINKEN für die nächste Landtagssitzung, die planmäßig in der Zeit vom 16. bis 18. Oktober stattfinden wird.

Mit gleich lautenden Schreiben hatte sich Bodo Ramelow am 26. September sowohl an die Ministerpräsidentin als auch an die betroffenen Minister gewandt. Es sei zu klären, ob - wie es das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts festgelegt hat - die Bezüge aus dem Abgeordnetenmandat mit den Amtsbezügen des Ministerentgeltes verrechnet werden.

„Einerseits spart diese Regierung den Thüringer Landeshaushalt immer weiter zusammen, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben wird ständig reduziert. Da regiert das Prinzip Schmalhans als Küchenmeister. Andererseits wird beim Umgang mit öffentlichen Geldern zugunsten der eigenen Funktionselite das Prinzip Füllhorn angewendet. Das ist weder erklärbar noch hinnehmbar“, kommentiert Bodo Ramelow. ■



doch das Spitzenamt im öffentlichen Dienst ist und dessen Vergütung nur eine öffentliche Vergütung sein kann“, sagte Bodo Ramelow.

Wenn das der Thüringer Regierung aber nicht klar zu sein scheint, dann müsse der Landtag eingreifen, forderte der Oppositionsführer im Thüringer Parlament. Die Abgeordneten-Vergütung stamme aus demselben Haushalt, vom selben Steuerzahler, aus dem und von dem die Minister entlohnt werden. Wenn eine Gehaltserhöhung gewollt wäre, dann müsste das Ministergehalt im Gesetz neu geregelt werden. „Dieses Ansinnen müssten aber CDU und SPD den Bürgern selbst erklären, wenn man gleichzeitig den Haushalt immer wei-

Herumwursteln

„Das unehrliche Herumwursteln geht in die nächste Runde“, so kommentierte Bodo Ramelow die von der Ministerpräsidentin verkündeten Personalentscheidungen. Vor der Bundestagswahl war angeblich alles schön. Kurz danach ist eine Ministerin ihren Job los und zwei CDU-Mitglieder werden am Ende ihrer Karriere in den Recyclinghof Staatskanzlei geholt. „Der Zeitpunkt ist unehrlich und die Personalauswahl riecht nach Versorgungsposten.“ So ist Hildigund Neubert ein klarer Versorgungsfall, da sie ihre zwei Wahlperioden als Stasi-Beauftragte hinter sich hatte. „Wie sie es allerdings schaffen will, mit allen Fraktionen des Landtags vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, erwarten wir mit Spannung.“ ■

Benachteiligungen beenden

Mit einem Antrag „Benachteiligungen ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden“ hatte die Fraktion DIE LINKE in der Septembersitzung des Landtags erneut die verschiedenen Rentenlücken thematisiert. Neben der allgemeinen Rentenungleichheit, befasste er sich auch mit der Position der in der DDR geschiedenen Frauen und der Benachteiligung bestimmter Berufsgruppen. Dabei zog DIE LINKE bewusst eine doppelte Replik: Erstens auf den gebrochenen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, in dem die Rentenangleichung bis 2013 versprochen wurde, zweitens auf die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, sich nach der Bundestagswahl besonders um diese Fragen ver-

dient machen zu wollen. Zudem stand die von der Linksfraktion beantragte Aktuelle Stunde unter der Überschrift „Zwangsverrentungen stoppen“. Bis zur Jahresmitte 2013 sind in Thüringen bereits mehr Menschen in Zwangsverrentung gedrängt worden als im gesamten Vorjahr. Das Jobcenter kann bei Erwerbslosen, die das 63. Lebensjahr vollenden, auch gegen ihren Willen Antrag auf Leistungen der Rentenversicherung stellen. Daher wird von „Zwangsverrentung“ gesprochen, auch weil diese Anträge oft zu extrem hohen, lebenslangen Abschlägen bei der Altersrente führen. Für viele wird



die Zwangsverrentung zum Verschiebebahnhof. Nachdem sie bisher Hartz IV erhielten, können sie aufgrund der hohen Abschläge direkt Grundsicherung im Alter beantragen und zum Amt gehen. Damit wird die Lebensleistung der Betroffenen entwertet, ihre soziale Situation weiter und langfristig verschlechtert. ■